

Aktuelles Stichwort: Verlängerung des Lockdown: Herausforderungen für die Wirtschaft nehmen weiter zu

27. November 2020: Infolge der ungünstigen Entwicklung der COVID-19-Pandemie bleiben die im Oktober beschlossenen Einschränkungen weiterhin bestehen. Damit steigt die Herausforderung für die Wirtschaft, die negativen Effekte zu verarbeiten. Unterstützungen abseits von Transferleistungen werden dadurch dringender denn je.

Verlängerungen beschlossen – Wirtschaft leidet weiter

Da die Zahlen der COVID-19-Neuinfektionen aktuell weiter auf einem hohen Niveau sind, haben die Länderchefs und die Bundesregierung die ursprünglich bis 30. November befristeten wirtschaftlichen und sozialen Beschränkungen am 25. November verlängert. Damit steigt die Belastung der Wirtschaft weiter. Zudem gilt: Es ist nicht vorhersehbar, wann die Beschränkungen wieder gelockert werden können. Dies schlägt sich auch in den Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung nieder. Während man im Herbst noch zuversichtlich war, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch im vierten Quartal 2020 noch steigen kann, ist nun beinahe sicher, dass das BIP in den letzten drei Monaten dieses Jahres sinken wird. Wie sich die Wirtschaft in den ersten Monaten des nächsten Jahres entwickeln wird, hängt entscheidend vom weiteren Verlauf des Infektionsgeschehens ab und ist damit nur schwer abzuschätzen. Eine wichtige Rolle wird in diesem Zusammenhang allerdings der hoffentlich erfolgreiche Start der ersten Impfmaßnahmen spielen.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen nehmen stetig zu

Mit den anhaltenden Einschränkungen wird das Ausmaß der wirtschaftspolitischen Herausforderungen stärker. So ist zu beobachten, dass die Verschuldung der Unternehmen steigt. Die Zunahme der Verschuldung ist dabei per se nicht das Problem, sondern der Hintergrund. So dient die Verschuldung nicht der Steigerung der Produktivität oder zur Geschäftserweiterung. Diese Verschuldung dient vor allem der Existenzsicherung und ist damit sozusagen unproduktiv. In Verbindung mit den Belastungen der verfügbaren Einkom-

men der privaten Haushalte infolge einer höheren Arbeitslosigkeit werden diese Effekte noch länger nachwirken. Im Hinblick auf den notwendigen vielschichtigen Strukturwandel (z. B. Digitalisierung und Nachhaltigkeit), dem die Gesellschaft gegenübersteht, sind das denkbar schlechte Rahmenbedingungen – trifft doch ein sehr hoher Investitionsbedarf auf eine ausgeprägte pandemiebedingte Investitionsschwäche.

Regulative Rahmenbedingungen anpassen

Damit Banken ihre Kunden – Unternehmen wie private Haushalte – weiterhin in der Pandemie und vor allem auch in der Zeit danach unterstützend zur Seite stehen können, müssen die regulativen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden. Gerade im Bereich der Kapitalmarktfinanzierung und der Förderpolitik gibt es wirksame Ansatzpunkte. Aber auch durch steuerpolitische Feinjustierungen können positive Effekte erzielt werden, die dazu beitragen, dynamisch aus der Krise herauszukommen. Diese Maßnahmen werden ihre maximale Wirkkraft nur entfalten, wenn der Bankensektor als Intermediär im Wirtschaftskreislauf reibungslos funktionieren kann. Hierfür ist die Funktionsfähigkeit des Bankensystems zu sichern.

Position des Bankenverbandes

Was in dieser Phase wirtschaftspolitisch angepackt und wie jetzt die Weichen gestellt werden müssen, diskutieren am kommenden Montag, 12 bis 13 Uhr, Dr. Christian Ossig, Bankenverband, und Dr. Stefan Hoops, Deutsche Bank, bei Banken on Screen. Die Veranstaltung können Sie [hier](#) verfolgen.

Kontakt:

Dr. Markus Kirchner
Associate Director
markus.kirchner@bdb.de

Schlagwörter:

COVID-19
Wirtschaftspolitik